

Hintergrund

Vier Punkte für Wirtschaftlichkeit

Amberg-Sulzbach. (san) Die finanziell kritische Lage der AOVE-Bürgerenergie eG ist seit 16. Juli bekannt. Dass Insolvenz droht, erfuhren die Genossenschaftsmitglieder am Dienstagabend. Alwin Märkl, seit Sommer 2015 Vorstandsvorsitzender, legte Gründe dar, die zu dieser Situation geführt hätten. So sei das Netz einst ausgedehnt worden, die Investitionssumme sei von geplanten 800 000 Euro auf 1,6 Millionen Euro gestiegen. Zudem habe sich der Bau verzögert. „Und die Kemnather sind sehr zögerlich beim Anschließen“, sagte Märkl.

Die AOVE-Bürgerenergie eG kann aktuell ein zum 31. Dezember ausgelaufenes Darlehen bei der Sparkasse Amberg-Sulzbach in Höhe von 108 000 Euro nicht zurückzahlen. Im August habe die Bank laut Märkl noch in Aussicht gestellt, dieses und ein weiteres über 200 000 Euro würden zusammengeführt und verlängert, wenn ein Gutachten bestätige, dass das Netz in Zukunft wirtschaftlich weitergeführt werden könne. Die AOVE-Bürgerenergie beauftragte deshalb das Institut für Energietechnik (IfE) der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Amberg-Weiden mit einer Expertise.

Diese bejahte eine Wirtschaftlichkeit, allerdings unter vier Voraussetzungen. Ein Punkt war eine Preiserhöhung auf 95 Euro pro Megawattstunde. „Sie müssten freiwillig mehr bezahlen“, erklärte Märkl und gab den bisherigen Preis mit 65 Euro brutto an. „Das ist eine fast 50-prozentige Erhöhung, aber immer noch billiger als Öl.“ Für den freiwilligen Preisanstieg lägen aktuell 28 Unterschriften vor: 25 von Kemnathern, die schon Wärme über das Netz beziehen, und von dreien, die anschließen wollen.

Das Gutachten besagt hinsichtlich der Rentabilität, dass alle zum Anschließen bewegt werden müssten: Aktuell gebe es 72 unterschriebene Verträge, aber nur 46 Wärmebezieher. Problem sei, dass in den Verträgen keine Frist gesetzt worden sei, bis wann der Anschluss erfolgen muss. Die beiden anderen zu erfüllenden Punkte laut Expertise sind, dass die Stadt Schnaittenbach die technische Überwachung übernimmt und das Netz optimiert wird. Im November schließlich teilte die Bank laut Märkl mit, dass für das Darlehen eine Bürgschaft erforderlich ist. Diese habe die Stadt Schnaittenbach, zu der Kemnath am Buchberg gehört, nicht gewähren dürfen, da sie selbst Stabilisierungshilfen in Höhe von 500 000 Euro bekommen habe. Und gegen ein Darlehen habe der Stadtrat am vergangenen Donnerstag gestimmt.



40 der 118 Genossenschaftsmitglieder der AOVE-Bürgerenergie eG kamen am Dienstagabend zur außerordentlichen Generalversammlung ins Gasthaus Blaue Traube in Gebenbach und hörten, wie prekär die Lage des Fernwärmenetzes in Kemnath am Buchberg ist. Bilder: Steinbacher (2)

Fernwärmenetz: Insolvenz droht

Die Lage ist prekär, die Zahlungsunfähigkeit droht. Ob es mit dem Fernwärmenetz in Kemnath am Buchberg weitergeht, hängt von mehreren Faktoren ab. Es liegt auch an den Bürgern vor Ort.

Amberg-Sulzbach. (san) In einer außerordentlichen Generalversammlung der AOVE-Bürgerenergie eG, die das Fernwärmenetz in Kemnath betreibt, informierten Vorstandsvorsitzender Alwin Märkl und Aufsichtsratsvorsitzender Wolfgang Gebhardt die Genossenschaftsmitglieder über die aktuelle Lage. Fällig zum 31. Dezember wurde ein Darlehen der Sparkasse Amberg-Sulzbach über 108 000 Euro, das die Genossenschaft momentan nicht zurückzahlen kann.

Die Bank argumentiert, dass der Kredit notleidend und sie deshalb an das Gesetz gebunden sei. Die Stadt

Schnaittenbach darf rechtlich keine Bürgschaft geben, hätte aber einen Kredit gewähren können. Doch diese Möglichkeit lehnte der Schnaittenbacher Stadtrat am vergangenen Donnerstag in nichtöffentlicher Sitzung ab. Bürgermeister Josef Reindl verteidigte diesen Beschluss. „Wir können nicht mit Steuergeldern der Sparkasse eine Besicherung über 100 000 Euro verschaffen. Das geht nicht.“ Alwin Märkl skizzierte, was er in den nächsten 14 Tagen tun müsste: „Zum Amtsgericht gehen und Insolvenz beantragen.“ Er könne und dürfe rechtlich gar nicht anders handeln, was Aufsichtsratsvorsitzender Wolfgang Gebhardt bestätigte: „Da läuft die Frist einer Insolvenzverschleppung.“

Eine einzige Möglichkeit sieht Märkl aber noch. Die Genossenschaftsmitglieder gewähren der AOVE-Bürgerenergie eG jeweils als Privatperson ein Darlehen. So könnten der Sparkassen-Kredit zurückgezahlt und offene Rechnungen von derzeit 18 000 Euro beglichen werden. Bei 118 Genossenschaftsmitgliedern,



Die Uhr tickt.

Vorstandsvorsitzender Alwin Märkl

von denen jedes 1500 Euro Darlehen gewähre, wären dies knapp 180 000 Euro. Zugleich würde eine Sicherungsübereignung auf die Darlehensgeber erfolgen. „Sie wären Eigentümer des Netzes und hätten im Falle einer Insolvenz die Finger mit drauf.“

Würde ohne diese Maßnahme Insolvenz angemeldet, wären die Einla-

gen der Genossenschaftsmitglieder (insgesamt 550 000 Euro bei einer Mindesteinlage von 2000 Euro) wohl weg. Einer derjenigen, die Geld in die AOVE-Bürgerenergie eG gesteckt haben, erkundigte sich, ob es noch andere Verbindlichkeiten gebe als das 108 000-Euro-Darlehen bei der Sparkasse. Alwin Märkl nannte die Summe von insgesamt 480 000 Euro.

Märkl machte aber auch deutlich, dass vieles an den Kemnathern hänge. Am Mittwoch ging nochmals ein Brief an jene Wärmebezieher raus, die einer freiwilligen Preiserhöhung von 65 auf künftig 95 Euro pro Megawattstunde in Versammlungen mündlich zugestimmt haben, das entsprechende Dokument zu unterschreiben und bis zum Freitag, 9. März, zurückzuschicken. Für Montag, 12. März, wird Märkl eine weitere Versammlung der Genossenschaftsmitglieder einberufen. Dann soll es um die Mitgliederdarlehen gehen. Beginn ist erneut um 19 Uhr in der Blauen Traube in Gebenbach.

► [Hintergrund](#)